

Aus erster Hand. Gehörlose und Gebärdensprache in der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert

Schlussbericht des Projekts
„Verbot der Gebärdensprache in der Schweiz“
zuhanden des Schweizerischen Gehörlosenbundes (SGB-FSS)

Rebecca Hesse, MA
Martin Lengwiler, Prof. Dr.

Fragestellung

Die Studie untersucht die Frage, wie schweizerische Gehörlosenschulen im späten 19. und 20. Jahrhundert mit der Gebärdensprache umgegangen sind. Diesen Umgang mit der Gebärdensprache untersuchen wir auf drei Ebenen. Erstens fragen wir nach den *fachwissenschaftlichen Gründen* für die Verdrängung der Gebärdensprache in den Schulen. Im Vordergrund steht dabei die Gehörlosenpädagogik. Weshalb hielten pädagogische Expertinnen und Experten bis in die 1990er Jahre an der Lautsprachmethode fest? Dies, obwohl die Erfolge im schulischen Alltag beschränkt waren und schon seit den 1960er Jahren einzelne Fachvertreter für eine Rehabilitierung der Gebärdensprache eintraten? Zu beachten ist auch der Einfluss pädagogischer Einzelfiguren, der im Kleinstaat Schweiz vergleichsweise gross war.

Zweitens untersuchen wir, wie die *Gehörlosenschulen im Schulalltag* mit der Gebärdensprache umgingen. Aufgrund welcher Regeln wurde die Gebärdensprache marginalisiert oder verboten? Wie wurden Zuwiderhandlungen bestraft? Welche Freiräume blieben gleichwohl bestehen, in denen Gehörlose trotz Verboten gebärden konnten? Zudem: Welche Position nahmen die Eltern von Gehörlosen ein? Traten sie für oder gegen die Lautsprachmethode ein? Wurde familienintern ein Austausch über hausgemachte Gebärden toleriert?

Drittens fragen wir nach den langfristigen Folgen, welche die Ausgrenzung der Gebärdensprache auf die Biografien der Gehörlosen hatte. Wie beeinflusste die Marginalisierung der Gebärden ihre Bildungs- und Berufschancen? Wie beurteilen Gehörlose selbst die Auswirkungen der Schulbildung auf die eigene Persönlichkeit? Und: Haben sich die Berufsaussichten von Gehörlosen seit den 1980er Jahren mit der Rehabilitation der Gebärdensprache verändert?

Executive
Summary

Gegenstand der Untersuchung

Eine Untersuchung aller Gehörlosenschulen in der Schweiz hätte den Rahmen dieser Studie gesprengt. Mit Blick auf die Quellenlage und den Forschungsstand haben wir uns auf vier exemplarische Beispiele beschränkt. Wir haben dabei grössere Einrichtungen aus allen drei Sprachregionen ausgewählt. Untersucht wurden zwei deutschschweizerische Einrichtungen (das kantonale *Zentrum für Gehör und Sprache* in Zürich sowie die private *Sprachheilschule St. Gallen*), eine Einrichtung in der Romandie (die staatliche Gehörlosenschule Montbrillant in Genf, das heutige *Centre pour enfants sourds de Montbrillant*) sowie die einzige Tessiner Schule, die staatliche, jedoch katholisch geführte Gehörlosenschule in Locarno (*Istituto per sordomuti Sant'Eugenio*). In dieser Auswahl sind sowohl staatliche wie auch private Einrichtungen (St. Gallen) sowie konfessionell geprägte Schulen (Locarno) vertreten. Genf und Zürich sind auch deshalb relevant, weil sie zu den ersten Gehörlosenschulen in der Schweiz gehörten, die ab den 1980er Jahren wieder Gebärden in den Unterricht einführten.

Die Quellenlage zu den vier untersuchten Einrichtungen ist allerdings sehr unterschiedlich. Grundsätzlich haben wir sowohl schriftliche Quellen – Archivquellen und publizierte Quellen, etwa Jahresberichte und Jubiläumsschriften –, wie auch mündliche Quellen, vor allem Interviews mit ehemaligen Schülerinnen und Schülern, vereinzelt auch mit Mitarbeiterinnen der Einrichtungen, benutzt.

Erkenntnisse

Im Mittelpunkt dieser Studie stand die Frage, welche Bedeutung die Gebärdensprache in der schweizerischen Gehörlosenpädagogik und den hiesigen Gehörlosenschulen im 19. und 20. Jahrhundert hatte. Diese Frage wurde auf drei Ebenen verfolgt: dem fachwissenschaftlichen Diskurs, dem Alltag in den Gehörlosenschulen und den Lebensläufen der Gehörlosen, insbesondere ihren Bildungs- und Berufschancen.

Die Studie ist innerhalb eines Jahres mit begrenzten Mitteln entstanden. Die Ergebnisse sind deshalb mit Vorbehalt zu lesen. Die Quellengrundlage für unsere Aussagen war oft schmal und fragmentarisch. Unsere Studie bietet deshalb oft nur einen ausschnitthaften Einblick in den gesellschaftlichen Umgang mit der Gebärdensprache. Für eine umfassendere Untersuchung und breiter abgestützte Erkenntnisse hätten wir wesentlich mehr Anstalten analysieren und eine grössere Anzahl von Interviews führen

müssen, mit mehr Gehörlosen und mit weiteren hörenden Vertretern der Elternschaft, Lehrerschaft und Schulleitungen.

Einige zentrale Erkenntnisse lassen sich trotzdem festhalten. Die Entwicklung der fachwissenschaftlichen Diskussion über die Gebärdensprache zeigt einige klare Linien. Im frühen 19. Jahrhundert wurden im deutsch- und französischsprachigen Raum verschiedene Modelle und Ansätze diskutiert, um die Gehörlosen, die lange als bildungsunfähig galten, zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen. Zu diesen Ansätzen gehörte auch die Gebärdensprache. Im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts lässt sich eine zunehmende Fokussierung der noch jungen Gehörlosenpädagogik auf lautsprachliche Ansätze feststellen. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und bis in die 1970er Jahre waren die Oralisten – oft als deutsche Schule bezeichnet – klar tonangebend.

Das lautsprachliche Primat ging meist mit einer klaren Ablehnung der Gebärdensprache einher. Diese Marginalisierung ging von bestimmten sprachtheoretischen Annahmen der Aufklärungspädagogik im frühen 19. Jahrhundert aus. Die Gebärdensprache galt in der Sprachphilosophie der Aufklärung als rückständige, primitive Vorläuferin der Lautsprachen. Zugleich manifestierte sich in den aufklärerischen Kreisen ein verstärkter Glaube an die Erziehbarkeit menschlicher Individuen und damit verbunden in die Macht pädagogischen Wissens. Die Volksschule war ein Kind der Aufklärung. Die Umwandlung der alten Taubstummenanstalten, die im 19. Jahrhundert auch Versorgungszwecken dienten, in Gehörlosenschulen ist ebenfalls eine Folge des pädagogischen Idealismus des 19. Jahrhunderts. Ziel dieser Einrichtungen war, die Gehörlosen in die hörende Gesellschaft zu integrieren. Der Königsweg dorthin bildete die Fähigkeit, sich lautsprachlich zu artikulieren.

Der Umbruch von einer vielgestaltigen Pädagogik des frühen 19. Jahrhunderts zur lautsprachlichen Norm des 20. Jahrhunderts verlief schrittweise. Der vielzitierte internationale Taubstummenlehrer-Kongress 1880 in Mailand, an dem sich die Oralisten international durchsetzten, war ein symbolisch wichtiger Moment. Aber 1880 war kein Schicksalsjahr, in dem die Gehörlosenpädagogik eine radikale Wende vollzog. Lautsprachliche Ansätze waren schon vor 1880 verbreitet und konnten sich in verschiedenen Einrichtungen oft erfolgreich gegenüber konkurrierenden Modellen durchsetzen, nicht zuletzt im deutschsprachigen Europa, aber auch in Frankreich und Italien. Umgekehrt finden sich auch nach 1880 wiederholt Fachvertreter, die sich gegen

eine völlige Ablehnung der Gebärden stellten. Gerade in Deutschland argumentierten verschiedene gehörlose Taubstummenlehrer für den Einbezug der Gebärden in den Gehörlosenunterricht. Solche Positionen wurden im frühen 20. Jahrhundert auch von den ersten Gebärdenbewegungen aufgegriffen.

Insgesamt blieb das Primat der Lautsprache jedoch über weite Strecken des 20. Jahrhunderts bestehen, in der Schweiz wie auch im europäischen Ausland. Die erneute Wende hin zu offeneren pädagogischen Modellen bahnte sich erst in den 1960er Jahren an, angestossen durch neue sprachwissenschaftliche Erkenntnisse über die Gebärdensprache, insbesondere in der angelsächsischen Forschung. Dies führte in den 1970er Jahren zu einem allgemeinen Umdenken in der Gehörlosenpädagogik hin zu bilingualen Ansätzen, die mit einer Kombination von Laut- und Gebärdensprachen operierten. Hinzu kam eine erstarkte Gebärdensprachebewegung, die ihre Sprache als Kern einer eigenständigen Kultur verteidigte und damit ebenfalls zur Rehabilitation der Gebärdensprache beitrug.

Auch die Geschichte der Schulen und Einrichtungen für Gehörlose kennt keine klaren Brüche. Vor allem kann man die Unterrichtspraxis in den Gehörlosenschulen nicht einfach als Spiegelbild pädagogischer Debatten deuten. Die Fallbeispiele, die wir untersucht hatten, deuten auf eine gewisse Eigenlogik der Gehörlosenschulen hin. Die Schulen orientieren sich zwar an den Fachdebatten (und zwar in zunehmendem Masse), gingen aber in deren Umsetzung jeweils eigene Wege. Alle vier untersuchten schweizerischen Gehörlosenschulen waren im 20. Jahrhundert zwar klar vom oralistischen Ansatz geprägt. Sie erliessen alle in der einen oder anderen Form ein Gebärdensprachverbot. In der Umsetzung dieser Normen zeigen sich aber durchaus Unterschiede. Die meisten Einrichtungen erlaubten seit den 1950er Jahren den gehörlosen Kindern im Kindergartenalter, sich mit Gebärden zu unterhalten.

Das Gebärdensprachverbot bezog sich primär auf den Schulunterricht, einschliesslich Pausen, und wurde dort auch rigider durchgesetzt. Einzelne Anstalten wichen jedoch früh von diesem Radikalkurs ab. In der Gehörlosenschule Zürich war der neu berufene Direktor Gottfried Ringli bereits in den 1960er Jahren unzufrieden mit den Ergebnissen des reinen Lautspracheunterrichts. Er hielt eine rigide Umsetzung nicht für effektiv, da sie verhinderte, dass die Gehörlosen ein eigenes Sprachempfinden aufbauen konnten. Zu einem solchen umfassenden Sprachempfinden gehörte nach Ringli auch die Gebärdensprache. Offiziell wich Zürich erst in den 1970er Jahren von der reinen

Lautsprachenmethode ab und führte Lautsprachbegleitende Gebärden (LBG) ein. Doch schon in den 1960er Jahren gab sich die Zürcher Schule relativ tolerant gegenüber gebärdenden Kindern. Auch die Gehörlosenschule Montbrillant in Genf ersetzte den lautsprachlichen Ansatz relativ früh, bereits in den 1980er Jahren, durch bilinguale Methoden, welche die Gebärdensprache mehr oder weniger im Schulunterricht erlaubten und förderten. St. Gallen und das Tessin verhielten sich deutlich konservativer. Die Tessiner Gehörlosenschule *Sant'Eugenio* verfolgte einen starren lautsprachlichen Ansatz bis sie 1991 geschlossen wurde. Danach wurden die Kinder integriert in der Volksschule, unter Rückgriff auf bilinguale Ansätze, unterrichtet. Die St. Galler Gehörlosenschule blieb noch in den 1990er Jahren dem lautsprachlichen Ansatz verpflichtet.

Im Rückblick scheint das Ziel, über einen rein lautsprachlichen Unterricht gehörlose Kinder in eine hörende Gesellschaft zu integrieren, zu ambitioniert und schwer einlösbar gewesen zu sein. In der schulischen Praxis erwies sich der Ansatz jedenfalls als kontraproduktiv. Er führte zu anhaltenden Verständigungsproblemen zwischen Lehrpersonal und Schülerinnen und Schülern, zu zahllosen Konflikten, Straffaktionen, Frustrationen und ungenügenden Schulleistungen. Die Gehörlosen konnten dem Schulstoff oft nicht angemessen folgen, sahen sich benachteiligt und versuchten sich über andere Wege zu helfen, um den Anforderungen des Unterrichts zu genügen. Bei diesen Kompensations- und Ersatzhandlungen spielte die Gebärdensprache, als eine besser funktionierende Kommunikationsform, eine zentrale Rolle. Bisweilen erhielten die Kinder im Rahmen des ordentlichen Schulbetriebs einen Stützunterricht. In anderen Fällen, oder wenn der Stützunterricht nichts brachte, griffen Schülerinnen und Schüler oft auf die Gebärdensprache oder auf externe Hilfe, etwa bei ihren Eltern, zurück.

Die kontraproduktiven Effekte des oralistischen Ansatzes führten zur paradoxen Situation, dass sich die untersuchten Gehörlosenschulen im 20. Jahrhundert ungewollt zu einer wichtigen Plattform für die Vermittlung der Gebärdensprache entwickelten. Die Gebärdensprache wurde an den Rändern des Schulbetriebs – im Kindergarten, auf dem Pausenplatz, nach der Schule - gepflegt. Viele gehörlose Kinder gingen gerne in die Gehörlosenschulen, allerdings oft nicht wegen des Unterrichts im engeren Sinne, sondern wegen der versteckten Möglichkeiten, sich untereinander in Gebärden auszutauschen.

Fazit

Welche Auswirkungen hatte die Marginalisierung und Verdrängung der Gebärdensprache auf die Gehörlosen und ihre Biografien? Neben der einschlägigen Literatur deuteten die Interviews, die wir führten, auf zahlreiche biografische Benachteiligungen, Schädigungen, Traumatisierungen und Behinderungen hin, die direkt oder indirekt vom lautsprachlichen Schulbetrieb ausgingen. Man muss dabei klar zwischen zwei Arten von Schädigungen unterscheiden. Die erste Art hatte damit zu tun, dass viele Gehörlosenschulen wie normale Schulen oder Anstalten funktionierten. Alle vier untersuchten Schulen unterhielten einen ordentlichen Schulbetrieb, ihnen waren Internate angegliedert, in denen Schülerinnen und Schüler aus anderen Regionen mit zu langem Schulweg unter der Woche untergebracht wurden. Der Schul- und der Internatsbetrieb funktionierten nach den damals üblichen Ordnungen, dazu gehörten auch Körperstrafen, Kollektivstrafen oder entwürdigende Strafrituale. In dieser Hinsicht gleichen die Erzählungen der Interviewten häufig den Schilderungen ehemaliger hörender Volksschülerinnen und Volksschüler oder ehemaliger Internats- und Heimkinder. Allerdings sind die Aussagen dazu zu punktuell, um über diesen Bereich der Schädigungen ein abschliessendes, generelles Urteil zu fällen.

Die zweite Art von Schädigungen hing direkt mit der Gehörlosigkeit und dem Umgang mit der Gebärdensprache zusammen. Viele gehörlose Kinder erlebten den reinen lautsprachlichen Unterricht als einen unproduktiven Zwang, als Verhinderung einer besseren Kommunikation, als unnötige Verständigungshürde – letztlich als gemachte Behinderung. Dies in einem Umfeld, in dem es eigentlich um verbesserte Kommunikationsfähigkeiten gehen sollte, und in einer Gesellschaft, in der sprachliche Verständigung eine Schlüsselkompetenz für die soziale Integration und den gesellschaftlichen Status der Menschen ist. Auch im Unterrichtsbetrieb waren körperbezogene Strafpraktiken verbreitet – etwa der vielzitierte Apfel auf dem Kopf, der Handbewegungen zum Gebärden verunmöglichen sollte. Hinzu kamen symbolische Stigmatisierungen, etwa die verbreitete Gleichsetzung der Gebärdensprache als primitive „Affensprache“. Vor allem auf beruflicher Ebene waren die Auswirkungen des lautsprachlichen Schulbetriebs nachhaltig und gravierend. Angesichts der oft bescheidenen schulischen Erfolge galten Gehörlose zwar nicht mehr als bildungsunfähig, aber nach wie vor als beschränkt bildungsfähig. Bis in die jüngste Vergangenheit waren

das Universitätsstudium und die akademischen Berufe für Gehörlose faktisch kaum zugänglich. Die schulische und berufliche Bildung zielte klar auf gering- und mittelqualifizierte Berufe, insbesondere auf handwerkliche und in letzter Zeit zunehmend auf soziale Berufe. Ambitioniertere Pläne, insbesondere seitens der betroffenen Gehörlosen, wurden von den Verantwortlichen (Lehrpersonal, Schulleitungen, Berufsberater der Invalidenversicherung) oft durchkreuzt. Die Gehörlosen erlebten diese Beschränkungen ihrer biografischen Perspektiven als klar diskriminierend.

Ausblick

Wie erwähnt konnten wir mit dieser Studie die aufgeworfenen Fragen nur in begrenztem Rahmen sondieren. Vieles blieb ungeklärt und muss einer späteren Aufarbeitung überlassen werden. Die Rolle der 1960 gegründeten Invalidenversicherung ist noch weitgehend unklar. Vieles deutet darauf hin, dass die IV allein schon finanziell stark auf die Gehörlosenschulen einwirkte. Wie sich unter diesem Einfluss der Schulalltag veränderte, ist jedoch noch kaum untersucht. Wir wissen zudem wenig über den Internatsbetrieb der Gehörlosenschulen und wieweit er mit dem Alltag von anderen Internaten oder Erziehungsheimen übereinstimmt. Auch die Rolle der Eltern – hörender wie gehörloser – blieb in unserer Studie unterbelichtet. Ebenfalls nur am Rande angesprochen wurden die jüngsten medizinischen Entwicklungen, insbesondere die Ausbreitung der Cochlea-Implantate, und ihre Auswirkungen auf die Gehörlosenpädagogik und den Umgang mit der Gebärdensprache – sie fallen in einen Zeitraum, der weitgehend ausserhalb unserer Untersuchungsperiode lag. Schliesslich konnten wir nur sehr oberflächlich auf die unterschiedlichen Perspektiven der Gehörlosen und auf ihre schulischen Erfahrungen eingehen. Viele Gehörlose erlebten die Marginalisierungen der Gebärdensprache als schädigend oder traumatisierend – und leiden daran bis heute. Andere haben einen Weg gefunden, sich trotz schwieriger, potenziell traumatisierender Erfahrungen von der Vergangenheit zu lösen und diese quasi abzuhaken. Welche äusseren und inneren Umstände zu diesen Unterschieden im Umgang mit der eigenen Lebensgeschichte führen, bleibt ebenfalls eine unbeantwortete Frage. Wir können nur hoffen, mit unserer Studie einen Anstoss für weiterführende Forschungsprojekte zu geben.

Dank

Ohne die Hilfe zahlreicher Mitwirkender, Kolleginnen und Kollegen, ohne die Unterstützung verschiedener Einrichtungen wäre diese Studie nicht zustande gekommen. Sie entstand im Auftrag und mit finanzieller Förderung des Schweizerischen Gehörlosenbunds SGB-FSS, dem unser erster Dank gebührt. Weiter danken wir Stéphane Faustinelli der wertvolle Kontakte in der Romandie herstellte, sowie bei den Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats: Michael Gebhard, Gian Reto Janki und Urs Germann. Auch der Begleitgruppe für die Romandie, bestehend aus Giovanni Palama und Martin Chapuis, sind wir für ihre Hilfe bei der Suche nach Interviewpartnern dankbar. In diesen Dank schliessen wir auch Peter Hemmi ein, der bei verschiedenen Interviews die Vermittlung zwischen unserem Forschungsprojekt und den Gesprächspartnerinnen und -partnern übernahm. Ohne die wohlwollende Unterstützung dieser Personen wären wir nicht so weit gekommen.

Ein grosser Dank geht zudem an die Interviewpartnerinnen und -partner, die uns „aus erster Hand“ über ihre Erfahrungen berichteten und die wir mit Rücksicht auf ihren Wunsch auf Anonymität nicht vollständig nennen wollen. Namentlich erwähnen möchten wir Rosmarie Achini, Annemarie Meier, Florian Schmid, Stéphane Beyeler und Marcello Conigliaro. Für den Zugang zu Archivmaterialien und weiteren historischen Quellen sind wir ausserdem dem *Zentrum für Gehör und Sprache* in Zürich (u.a. dem ehemaligen Schuldirektor Jan Keller) und dem *Centre d'éducation de l'ouïe et de la parole de Montbrillant* in Genf (u.a. Isaline Humbert-Droz) zu Dank verpflichtet. Für inhaltliche Inputs danken wir schliesslich verschiedenen Kolleginnen und Kollegen, die uns in verschiedenen Phasen des Projekts beraten haben: Marion Schmidt (Freiburg i.Br.), Matthias Ruoss (Bern), Mirjam Janett (Basel), Florian Rudin (Basel) sowie Vera Blaser (Bern).